

Antrag gem. § 56 NKomVG, 22.11.2018

„Seebrücke – Landkreis Cloppenburg ein sicherer Hafen für Flüchtende“

Sehr geehrter Herr Landrat Wimberg

Gem. §56 Nds Kommunalverfassungsgesetz beantragen wir, den Tagesordnungspunkt **„Seebrücke – Landkreis Cloppenburg ein sicherer Hafen für Flüchtende“** auf die Sitzung des Kreistages am 18.12.2018 über den Kreisausschuss am 11.12.2018 zu setzen. Wir gehen davon aus, dass es sich bei diesem TOP um eine originäre Kreistagsangelegenheit handelt, die einer Vorbereitung im Sozialausschuss nicht bedarf.

Wir werden unter diesem TOP den folgenden Antrag zur Abstimmung stellen:

„Der Kreistag Cloppenburg unterstützt wie zahlreiche andere Kommunen die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und deklariert den Landkreis als sicheren Hafen.

Der Kreistag fordert den Landrat auf, der Bundesregierung anzubieten, dass der Landkreis Cloppenburg zusätzliche Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufnehmen kann und will.

Der Kreistag appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechte und effektivere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden.“

Begründung

1723 – das ist die erschreckende Zahl der Menschen, die nach offiziellen Angaben seit Anfang 2018 auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken sind. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Viele Tausende waren es in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu. EU-Regierungen schicken traumatisierte Geflüchtete zurück in die Gewalt und Willkür nordafrikanischer Lager oder lassen sie auf den letzten verbleibenden zivilen Rettungsschiffen durch das Mittelmeer irren. Zivile Seenotrettungs-Organisationen werden zunehmend diffamiert und kriminalisiert, ihre Schiffe an die Kette gelegt und ihre Kapitäne vor Gericht gezerzt.

In dieser dramatischen Situation erklären sich immer mehr europäische Städte zu „sicheren Häfen der Zuflucht“ (Barcelona, Palermo, Valencia; in Deutschland u.a. die Städte Berlin, Köln, Düsseldorf, Bonn, Potsdam, Regensburg, Solingen oder kürzlich Osnabrück, Oldenburg und Cloppenburg). Auch kleinere Kommunen wie z.B. Thedinghausen mit 15 000 Einwohnern oder die Landkreise Steinfurt und Paderborn erklären sich solidarisch mit der Aktion. Sie erklären sich bereit, in Not geratene Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen und stellen sich damit ausdrücklich gegen die propagierte Auffassung, dass Zäune und Mauern die Probleme lösen könnten.

Die wachsende zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ protestiert seit geraumer Zeit gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter*innen. Wir wollen diese Initiative stärken und als Landkreis einen Beitrag zu einer humanitären Lösung leisten. In den letzten Jahren haben die Bürger*innen unseres Landkreises, die Verwaltung und die Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Diesen Weg muss der Landkreis Cloppenburg weitergehen.

Hans Meyer (SPD Fraktion)

Dr. Irmtraud Kannen (Gruppe Grüne/UWG)